



Editorial

Die konstituierenden Prinzipien von Walter Eucken, einem Vater der Sozialen Marktwirtschaft, zählen zum Kern der aus volkswirtschaftlicher Sicht moralstiftenden Regeln. Sie sind notwendige Voraussetzungen einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung. Zwei „Sündenfälle“ aus jüngster Zeit stoßen OrdnungsökonomInnen besonders auf: Bankenkrise und Erbschaftsteuerreform.

Die Gegenstücke zu Privateigentum und Gewinn als Ergebnisse unternehmerischen Engagements sind Verlust und Insolvenz. Grundsätzlich muss das auch für notleidende Geldhäuser gelten. Das Verbrennen des Geldes der Steuerzahler im öffentlichen Bankensektor als „staatliche Auffanglösung“ befördert die nächste Gier- und Spekulationsblase. Aber hat nicht ein prominenter Bankvorstand ausgeführt, die gegenwärtige Krise sei nur mit Hilfe des Staats zu bewältigen – er wurde gleich des „Stamokaps“ verdächtigt, der den Staat als Reparaturmechanismus des Kapitalismus ansieht. Könnte er falsch verstanden worden sein – war es vielleicht der Ruf nach einem Ordnungsrahmen, der den sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten entwickelten Finanzmärkten gerecht wird – und der staatlichen Pflicht, diesen auch durchzusetzen? Denn aus Basel II scherem amerikanische Banken aus. Die SIVs („special investment vehicles“), kunstvoll aufgebaut, um das Regulierungssystem zu unterlaufen, verseuchen die Finanzwelt – nicht umsonst wird wegen der Heimitücke die Analogie zu HIV, dem Aids-Virus, gerne bemüht.

Privateigentum als Grundlage selbstverantworteten, unternehmerischen Handelns macht Risiken fühlbar und schnell existentiell. Zusätzliche Unwägbarkeiten seitens der Politik aufzutürmen, die diese Funktion beschädigen, ist kontraproduktiv. Genau das aber geschieht durch die geplante Reform der Erbschaftsteuer: Mittelständische Unternehmer, durch ihre lokale Verbundenheit ohnehin dem Gemeinwohl nah, können ihre Firmen meist nicht wie leicht liquidierbare Aktienpakete teilen. Notwendige künftige wirtschaftliche Anpassungsprozesse, beispielsweise Rationalisierungsmaßnahmen, lösen dann, völlig widersinnig, den Steuerfall aus.

Gute Wirtschaftspolitik, so Eucken, stabilisiert die Erwartungen. Beides fehlt in beiden Beispielen! Gesucht ist zum einen ein verlässlicher Ordnungsrahmen, der den Anspruch erfüllt, den Finanzmärkten Rahmen und Halt zu geben, zum anderen mehr Verlässlichkeit statt zusätzlichen Risiken. Ordnungsökonomische Anstrengungen sind national, europäisch und international dringend gefordert. Denn die Folgen einer fehlenden „moralischen Übereinkunft“ in der Wirtschaftspolitik sind vor allem für die Bitter, die sich ökonomisch dagegen nicht wehren können.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*